

# Der Deutsche Metallarbeiter

Ercheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M. Anzeigenpreis: Die 6 gespalt. Millimeter je Zeile für Arbeitsgesuche 1.00 M. Geschäfts- u. Privatansagen 1.20 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelfor 17. Telefon 2366 und 2367. Schluß der Redaktion Samstags morgens 11 Uhr. Druckschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 26

Duisburg, den 25. Juni 1921

22. Jahrgang

## Der Kampf um den Lehrling

Seit mehreren Jahren bemühen sich die christlichen Gewerkschaften, geordnete Verhältnisse im Lehrlingswesen herbeizuführen und beantragen bereits bei den maßgebenden behördlichen Stellen eine gesetzliche Neuregelung des gesamten Lehrlingswesens. In dem vor kurzer Zeit der Öffentlichkeit übergebenen Entwurf eines neuen Arbeits-Tarifvertrages ist die Bestimmung enthalten, daß die Lehrlinge zu den Arbeitnehmern zählen und daß die Verhältnisse der Lehrlinge in Tarifverträgen geregelt werden können. Es wird in dem Entwurf ausdrücklich hervorgehoben, daß Bestimmungen des Tarifvertrages den sonstigen Abmachungen, auch den der Handwerkskammern also auch der Lehrverträge vorgehen. Dieser Gesetzentwurf ist den Handwerksmeistern, Innungen, Handwerkskammern arg in die Glieder gefahren, da sie durch die Verwirklichung des Entwurfes ihr Alleinbestimmungsrecht in Lehrlingsfragen bedroht sehen. In ganz Deutschland veranstalteten die Innungen und sonstigen Handwerkerorganisationen in der letzten Zeit große öffentliche Kundgebungen, in denen schweres Geschick gegen die Gewerkschaften, die die Regelung des Lehrlingswesens verlangen, aufgeführt wurde.

Eine solche Kundgebung fand auch am 20. Mai im großen Saale des städtischen Saalbaues in Essen statt, die als Kundgebung der Handwerksmeister des gesamten rheinisch-westfälischen Industriegebietes gedacht war. Anher etwa 800 Handwerksmeister waren rund 200 christliche Gewerkschaftler aus den verschiedensten Berufen erschienen. Der Referent, Herr Dr. Lübbering, Geschäftsführer des Innungsausschusses Essen, leitete in längeren Ausführungen den Standpunkt der Handwerksmeister in der Lehrlingsfrage dar. Er führte u. a. folgendes aus:

„Die Gewerkschaften legen allgemein den größten Nachdruck auf die Entschädigungsfrage. Das ist natürlich logisch, denn wenn sie das Lehrlingsproblem als eine Lohnfrage betrachten, dann ist es auch eine Lohnfrage. Dann bleibt es nicht aus, daß der Lehrling schon im gleichen Schritt und Tritt mit den Gewerkschaften marschiert. Die weiteren Folgen machen sich dann in der Werkstatt im Verhältnis zwischen Lehrmeister und Lehrling bemerkbar. Die Autorität des Lehrmeisters muß dadurch erschüttert werden. Wir werden es dann erleben, daß der Lehrling zum Meister kommt und erklärt: „Ueber Meister, die Verhältnisse haben sich geändert, wir sprechen heute auch ein Wortchen mit, ich bin organisiert. Ueber die Entschädigung hast Du allein nicht zu bestimmen, darüber bestimmt die Gewerkschaft, zu der ich gehöre.“ Was bleibt da dem Meister anderes übrig, wenn er den Lehrling behalten will, muß er klein beigeben und wir müssen dann sehen, wie die Disziplin aus dem Jungen immer mehr verschwindet und er die Autorität des Meisters nicht mehr anerkennt. Wir sehen im Berufsgebirge die einzige Lösung der großen gesellschaftlich-wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Der Berufsgebirge ist es, der den Menschen hochhält, der ihm Selbstachtung vor seiner eigenen Persönlichkeit gewährt. Dem Handwerk fällt die Aufgabe zu, die Gewerkschaften auf die Folgen aufmerksam zu machen, die aus ihrer einseitigen Betonung der Entschädigungsfrage im Lehrlingswesen folgen muß. Der Lehrmeister steht zum Lehrling in rein persönlichem Verhältnis, denn das Ansehen seines Geschäftes ist untrennbar mit der Ausbildung der Lehrlinge in seiner Werkstatt verknüpft. Daher kommt es, weil hier persönliche Beziehungen obliegen, daß auch auf diesem Gebiete immer noch Anerkennenswertes geleistet wird. Die Gewerkschaften verlangen Regelung des Lehrlingswesens als einen

Teil des Arbeitsvertrages. Die Folge davon ist, daß das Verhältnis zwischen Lehrling und Meister mit Mitteln des gewerkschaftlichen Kampfes geregelt wird. In einzelnen Bezirken und Bezirken ist dieses wirklich gescheit, aber hauptsächlich deshalb, weil die Handwerksmeister als Mitglieder der Arbeitgeberverbände waren, in denen die Fabrikbetriebe die Mehrheit hatten. Wird das Lehrlingswesen im Tarifvertrag geregelt, dann ist es nur eine Frage kurzer Zeit, daß die Gewerkschaften bei Lohnkämpfen fordern, daß Angelegenheiten der Meisterorganisationen, Produktion, Absatz, Rohstoffverteilung und dergleichen mehr alles tariflich geregelt wird. Wie kann noch von selbständigen Innungsbetrieben die Rede sein kann, ist mir nicht klar. Es handelt sich jetzt den Lehrling, die Grundzüge des Handwerks und die selbständigen Berufsstände zu schützen. Wenn es auf die Zahl der Meister ankäme, wäre der Kampf aussichtslos. Das Handwerk darf darauf vertrauen, daß es auf seine natürliche Kraft rechnen kann. Nach unserer Auffassung ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, in dem die Gewerkschaften ihre ganze Kraft vereinigen sollten, um mit den Meisterorganisationen gemeinsam nützliche Arbeit zu leisten im Interesse des Gemeinwohls.“

Den Ausführungen des Herrn Dr. Lübbering trat der Kollege Gröne vom Christlichen Metallarbeiterverband, soweit die christlichen Gewerkschaften den Ausführungen nicht zustimmen konnten, in der Diskussion entgegen und legte den Standpunkt der christlichen Gewerkschaften zu den Fragen des Lehrlingswesens dar. Vor allen Dingen führte er die auf den verschiedensten Gebieten vorhandenen Mißstände im Lehrlingswesen an, und forderte Lehrer, Geistliche, Volkserzieher und auch die Handwerksmeister auf, gemeinsam an der Lösung von Lehrlingsfragen mitzuarbeiten. Die Ausführungen des Kollegen Gröne wurden zeitweilig durch erregte Zwischenrufe seitens der Handwerksmeister unterbrochen, jedoch bei den Gewerkschaftlern und einem Teile der fortschrittlich-denkenden Handwerksmeister sowie bei den anwesenden Geistlichen, Lehrern, sonstigen Jugend- und Volkserziehern und Angehörigen anderer Stände erntete er reichen Beifall. Viele ehrlich bestrebte Handwerksmeister gestanden den christlichen Gewerkschaftlern gegenüber unumwunden ein, daß manches faul auf dem Gebiete des Lehrlingswesens sei, und daß unbedingt Abhilfe geschaffen werden müßte. Der Vertreter der Dortmunder Handwerkskammer erklärte, daß man ruhig einmal den Versuch machen solle, mit den Gewerkschaften zu verhandeln, jedenfalls sei es möglich, durch Verhandlungen zu einer Einigung zu kommen.

Am Schluß der Versammlung wurde von den noch anwesenden Handwerksmeistern eine Entschließung angenommen, in der sie sich klar gegen die von den Gewerkschaften geforderte Neuregelung des Lehrlingswesens besonders gegen eine tarifvertragliche Regelung des Lehrlingswesens aussprachen.

Um den Standpunkt der christlichen Gewerkschaften zur Lehrlingsfrage eingehend darzulegen und um sich weiter über die Ausführungen Dr. Lübberings auszupreden, hatte das christliche Gewerkschaftskartell Essen am 3. Juni eine öffentliche Elternversammlung einberufen, zu der auch sämtliche Obermeister der Innungen und Herr Dr. Lübbering als Vertreter des rheinisch-westfälischen Handwerks schriftlich eingeladen waren. Die Versammlung fand im großen Saale des Gesellenhauses in Essen statt. Neben den Eltern waren die Innungsmeister zahlreich erschienen u. auch Herr Dr. Lübbering war anwesend. Kollege Gröne behandelte in einem umfassenden Vortrage die Verhältnisse im Lehrlingswesen, auf den wir in nächster Nr. ausführlich zurückkommen werden. Die Versammlung zeigte den klaren Weg, der gegangen werden muß, wenn in der Lehrlingsfrage etwas durchgreifendes geschehen soll.

schuß Eiberfeld zur Entscheidung in der Streitfrage an. Dieser fällt nach eingehender Verhandlung folgende Entscheidung:

„Sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen ist während der Ferien der volle Lohn nach dem festgesetzten Stundenlohn bzw. dem Mindestlohnverdienst für volle sechs Tage für Antritt des Urlaubs zu zahlen.“

Gründe:

Die Parteien sind sich darüber einig, daß in der vorliegenden Streitfrage der Schlichtungsausschuß als vereinbarte Schiedsstelle gemäß der Bestimmung des Tarifvertrages der Cronenberger Eisenindustrie tätig wird und der Streitfall nur die Tarifkontrahenten umfaßt. Der Schlichtungsausschuß hat in Bezug auf diese Bestimmung angenommen, daß die Parteien ein Schlichtungsverfahren entsprechend der Verordnung vom 23. Dezember 1918 haben vereinbaren wollen, wenn sie den gesetzlichen Schlichtungsausschuß als Schiedsstelle bestimmt haben, da dieses Verfahren in erster Linie dem Wesen des Schlichtungsausschusses entspricht. Zur Streitfrage selbst steht der Schlichtungsausschuß auf dem Standpunkt, daß es eine Un-

billigkeit wäre, wenn ein Arbeitnehmer, der seinen sechstägigen Urlaub während der Arbeitsstreckung erhält, den verkürzten Lohn erhalten sollte. Der Arbeiter ist nicht in der Lage seinen Urlaub selbst zu bestimmen, er wäre bezüglich der Regelung desselben immer der augenblicklichen Geschäftslage unterworfen. Es kann daher auch nicht der Wille der vertragsschließenden Parteien gewesen sein, den Kurzarbeitern bei Antritt des Urlaubs den verkürzten Lohn für die Tage, welche eine Erholung für diese sein sollen, zu zahlen. Der Schlichtungsausschuß nimmt an, daß den Parteien beim Abschluß des Tarifvertrages vom 9. Juni 1920 die Verordnung vom 12. Febr. 1920 über die Arbeitsstreckung genau bekannt war und eine dahingehende Ergänzung der Lohnfrage der Urlauber jedenfalls erfolgt wäre, wenn bei eingetretener Kurzarbeit verkürzter Lohn für die Ferien gezahlt werden sollte. Es ist ferner noch in Betracht zu ziehen, daß der Urlaub für einen Teil der Arbeiter in eine Zeit fallen kann, in welcher voll gearbeitet wird, während der für den anderen Teil zu einem Zeitpunkt in Frage kommt, zu welchem verkürzt gearbeitet wird. Der erste Teil würde dann den vollen Lohn und der andere Teil den verkürzten erhalten, so daß hierin schon eine große Härte zu erblicken wäre. Eine finanzielle Schlechterstellung des Kurzarbeiters in dieser Hinsicht entspricht jedoch nicht dem Rechtsempfinden. Aus all diesen Erwägungen kann der Schlichtungsausschuß den von der Arbeitgeberseite vertretenen Standpunkt, daß für Kurzarbeiter während der Ferienzeit der verkürzte Lohn gezahlt werden müsse, nicht anerkennen.

## Zur Neuwahl der Arbeitskammer für den Ruhrbergbau

Auf Grund einer Verordnung vom 2. Februar 1919 ist eine „Arbeitskammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebietes“ (Bezirk des Oberbergamts Dortmund und des Bergreviers Krefeld) errichtet worden. Die Wahl ist erstmalig am 27. Juni 1919 erfolgt und hatte das Ergebnis, daß von den zu verteilenden 20 Mandaten der sozialdemokratische alte Bergarbeiterverband 10; der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter 6 und die Polnische Berufsvereinigung 4 erhielt.

Da nun am 2. August d. J. eine Neuwahl der Arbeitskammer stattfindet, erhoben auch wir Anspruch auf einen Kandidaten an sicherer Stelle. Diesem unserm Wunsch ist man nicht entgegengekommen, so daß wir gezwungen sind, gemeinsam mit den im Bergbau in Frage kommenden Bruderverbänden, die auf dem Boden der Berufsorganisation stehen, eine eigene Kandidatenliste aufzustellen. Unsere Wahlvorschlagsliste, auf der nacheinander Belegmetallarbeiter, Maurer, Schreiner, Eisenbahner, Maschinenisten, Heizer, Maler, Bieglar, Gärtner usw. berücksichtigt sind, wird demnächst im Verbandsorgan veröffentlicht werden.

Ueber das Wahlergebnis wird demnächst ebenfalls das Notwendige an gleicher Stelle gesagt werden. Heute wollen wir uns darauf beschränken, unseren auf den Beleg beschäftigten Mitgliedern etwas über die Aufgaben der Arbeitskammer mitzuteilen.

Der § 2 der Verordnung über die Errichtung von Arbeitskammern im Bergbau besagt:

§ 2.

1) Die Arbeitskammer haben in dem Zwecke des Bergbaues, für welchen die Arbeitskammer errichtet ist, die Aufgabe, sich an den Vorarbeiten für eine umfassende Befreiung des Bergbaues durch das Reich und eine Beteiligung der Volksgemeinschaft an seinen Erträgen (Sozialisierung) durch Auskünfte, Gutachten und Vorschläge zu beteiligen sowie nach Maßgabe zu erlassenden gesetzlichen Bestimmungen eine Vertretung in Verbänden zur Regelung der Erzeugung und des Absatzes herbeizuführen.

2) Sie sind ferner berufen, in Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen, fachlichen und sozialen Interessen ihres Gewerbes sowie der auf den gleichen Gebieten liegenden Interessen der Arbeitgeber, der Arbeitnehmerschaft und der gesamten Arbeiterschaft:

a) die Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden zu beraten und zu unterstützen, und zwar durch tatsächliche Mitteilungen, durch Erläuterung von Gutachten und durch Mitwirkung bei der Durchführung der zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter sowie von Sittlichkeit und Anstand in den Betrieben erlassenen Vorschriften, insbesondere indem sie

a) auf die Durchführung der Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenvereine und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten vom 23. Dezember 1918 (RGBl. 1456) hinwirken und Gutachten über die Bedeutung abgeben, welche abgeschlossene Tarifverträge für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen im Tarifgebiete erlangen haben,

b) Gutachten über den Inhalt von Vorschriften auf Grund der §§ 7 und 8 der Gewerbeordnung, der Berggesetz und Bergpolizeiverordnungen sowie sonstiger Gesetze und Verordnungen zum Schutze von Leben, Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiter erstatten,

c) die mit der Durchführung der unter a und b genannten Gesetze und Verordnungen betrauten Behörden und Beamten auf Mißstände aufmerksam machen und ihnen Maßnahmen zur Abhilfe vorschlagen.

# Arbeitsbeschaffung durch die Eisenbahnverwaltung

Von Heinrich Kreil.

Der Staat war von jeher der größte Auftraggeber für die deutsche Industrie. Hierbei war der Bedarf der Eisenbahnverwaltung von ausschlaggebender Bedeutung, die jetzt nach erfolgter Zentralisierung aller deutschen Eisenbahnen noch zugenommen hat. Angesichts der wirtschaftlichen Krise mit ihrem bauern im Anschwellen befindlichen Arbeitslosenheer richtet sich deshalb der Blick sowohl von Unternehmern wie Arbeitnehmern nach dieser Auftragsquelle. Das Reichsverkehrsministerium und die Vergabungsstellen werden in der gegenwärtigen Zeit mit Anträgen auf Zuteilung von Arbeiten überhäuft. Insbesondere betrachten es die Betriebsräte als ihre Pflicht, sich zwecks Erhaltung der Arbeitsmängellücken in ihrem Betriebe um Aufträge zu bemühen. Tatsächlich kann jedoch trotz der Milliardensummen, die der Staat vorstreckt, das doch, was die Wirtschaftskrise in den Beschäftigungsgrad der Industrie gerissen hat, nicht gestopft werden. Sie bedeuten vielmehr nur einen Tropfen auf einen heißen Stein. Der Etat der Eisenbahnverwaltung für 1921 sieht für Neubauten von Lokomotiven und Eisenbahnwaggons den Betrag von 7,5 Milliarden Mark vor. Außerdem sind im außerordentlichen Haushaltungsplan des Reichsverkehrsministeriums für dasselbe Jahr 9,1 Milliarden Mark für Neubauten, Materialbeschaffung, Bahn- und Fahrzeugunterhaltung usw. vorgesehen. Die Neubauten von Lokomotiven dienen sowohl dem Ersatz für unbrauchbare Lokomotiven, wie zur Vermehrung des Lokomotivbestandes. In der diesmaligen Auftragserteilung war zunächst wegen Preisschwierigkeiten eine Verzögerung eingetreten, die jedoch jetzt behoben sind. Die gesamten Aufträge sind in den letzten Wochen erteilt worden. Die Verhandlungen wurden mit dem Lokomotivverband geführt, die Verteilung erfolgt durch diesen Verband unter Mitwirkung des Zentralamts an die einzelnen Werke. Mit den Neuaufträgen wurden insbesondere auch Firmen betraut, die wegen Mangel an Arbeit vor Arbeiterentlassungen standen, und es dürften somit diese Maßnahmen vermieden sein. Mit der Vergabung der Aufträge für das nächste Etatjahr wird bereits im Monat August begonnen. Die deutschen Lokomotivfabriken, welche 32 000 Arbeiter beschäftigen, sind dank dieser Staatsaufträge und infolge des von der russischen Sowjetregierung erteilten Auftrags angemessen beschäftigt.

Weniger günstig liegt der Beschäftigungsgrad in der Waggonindustrie, die im Ganzen zirka 60 000 Arbeiter beschäftigt. Dieser Industrie geben die erteilten Aufträge im Durchschnitt genommen nur Beschäftigung bis Ende September d. J. Die Vergabung der Lieferung von Güterwagen ist reiflos erfolgt, für Personenwagen erst zum Teil. Die Restvergabe erfolgt erst, wenn die Pläne über die Herstellung eines neuen Einheitswagens fertiggestellt sind, was in kurzer Zeit zu erwarten ist. Auch nach Erteilung dieser Aufträge werden die selben für eine volle Beschäftigung der Betriebe für das ganze Geschäftsjahr nicht Gewähr leisten. Unter diesen Umständen ist das Reichsverkehrsministerium auch nicht geneigt, neue Betriebe zur Fabrikation heranzuziehen, da dies ja nur auf Kosten der bisher berücksichtigten Werke und der in ihnen beschäftigten Arbeiterschaft geschehen könnte.

Seit Eintritt der Demobilisierung gibt sich eine Möglichkeit zu vorübergehender Beschäftigung der Werke durch die Vornahme von Reparaturen an Lokomotiven und Waggons. Nach den Angaben der Eisenbahnverwaltungen waren in der Vergangenheit die Resultate hinsichtlich der Preiswertigkeit und Qualität bei diesen Firmen keine günstigen. Zu lebhaften Klagen gaben hierin insbesondere die Reichswerke Veranlassung. Durch die drohenden Betriebsstörungen bemüht sich ein großer Teil der Werke und Betriebsräte neuerdings, Reparaturaufträge zu erhalten. Die Aussichten in dieser Hinsicht sind in der nächsten Zeit nicht die besten. In der Reparaturbedürftigkeit der Fahrzeuge ist gegenüber den letzten zwei Jahren eine wesentliche Besserung aufzuweisen. Von ausschlaggebender Bedeutung ist jedoch, daß der Hauptbetriebsrat der Eisenbahnverwaltung vor kurzem den Beschluß gefaßt hat, daß die Eisenbahnwerkstätten voll mit Aufträgen zu beliefern sind, ohne Rücksicht auf die Beschäftigung der Privatindustrie zu nehmen. Dies ist natürlich bei dem geringeren Reparaturstand nur auf Kosten der letzteren möglich. Vom Gesichtspunkte der Wirtschaftlichkeit der Eisenbahnverwaltungen aus läßt sich dieser Beschluß durchaus verstehen. Dies dürfte aber wohl bei der Beschäftigung nicht der allein ausschlaggebende Grund gewesen sein, sondern auch ein gut Teil Eigennutz. Wenn es an den Geldbeutel geht, hört eben auch bei den Sozialdemokraten das Massenbewußtsein und die Solidarität auf.

Die Bautätigkeit der Eisenbahnverwaltung wird dank der besseren Flüssigkeit der Baustoffmärkte, der sicheren, rechtzeitigen Belieferung mit Baustoffen z. Bt. in vollem Umfange ermöglicht und von ihr beschleunigt. Dies übt eine günstige Wirkung auf die Beschäftigung der Bauarbeiter aus, bringt aber durch die Nebenarbeiten auch unserer Metallindustrie ein gut Teil an Aufträgen.

Die Gewerkschaften wirken seit Monaten darauf hin, eine möglichst beschleunigte Auftragsvergabe zu erzielen. Das Reichsverkehrsministerium hat sich auch im Hinblick auf die

vorherrschende Arbeitslosigkeit bereit erklärt, den Gewerkschaften Gelegenheit zu geben, bei der Vergabung von Aufträgen mitzuwirken. Zu diesem Zweck wurde beim Reichsverkehrsministerium ein Ausschuß, bestehend aus neun Arbeitnehmern und neun Arbeitgebern, gebildet. Die Vertreter wurden vom Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund, dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der Afa ernannt. Der Ausschuß ist bereits in Tätigkeit getreten. Außerdem wird nunmehr bei jeder Eisenbahndirektion eine ähnliche, paritätisch zusammengesetzte Kommission aus fünf bis neun Mitgliedern der beiden Gruppen gebildet. In diesen Ausschüssen sind von unserem Verband folgende Kollegen vertreten:

- Reichsverkehrsministerium: Heinz Kreil, Berlin D 27, Blumenstraße 75,
- Eisenbahndirektion Berlin: Joh. Winter, Berlin D 27, Blumenstraße 75,
- Eis.-Dir. Breslau: Paul Gübner, Breslau, Mariannenstraße 8,
- Eis.-Dir. Kassel: Wilh. Mes, Kassel i. W., Bahnhofstr. 19,
- Eis.-Dir. Köln: Jos. Rikertfeld, Köln, Venloerwall 9,
- Eis.-Dir. Elberfeld: Stanislaus Graß, Düsseldorf, Düsseldorfthaler Straße 9-11,
- Eis.-Dir. Essen: Heinrich Strunk, Essen, Limbecker Platz 28,
- Eis.-Dir. Frankfurt a. M.: Konrad Reudeck, Frankfurt a. M., Bethmannstraße 13,
- Eis.-Dir. Hannover: J. Schoppe, Hannover, Steintorfeldstraße 2,
- Eis.-Dir. Rattowitz: Bernh. Janowski, Rattowitz, Johannestraße 10,
- Eis.-Dir. Magdeburg: Franz Krull, Magdeburg, Sternstraße 3,
- Eis.-Dir. Münster i. W.: Jos. Bürling, Münster i. W., Hörsterstraße 18,
- Eis.-Dir. Trier: Jos. Stigges, Trier, Breitenstein 7,
- Eis.-Dir. München: Wilh. Wosbach, München, Bayerstr. 25,
- Eis.-Dir. Würzburg: Alois Fadler, Würzburg, Schlenkerstraße 23 b. Mühl,
- Eis.-Dir. Regensburg: Franz Eggerl, Regensburg, Auer-gasse 8,
- Eis.-Dir. Nürnberg: R. Gaham, Nürnberg, Wogenstr. 33,
- Eis.-Dir. Augsburg: Joh. Zmmler, Augsburg, Reutingerstraße D 95,
- Eis.-Dir. Ludwigshafen: Adolf Schwarz, Ludwigshafen, Prinz Regentenstraße 48,
- Eis.-Dir. Stuttgart: Karl Bengler, Stuttgart, Luisenstraße 11,
- Eis.-Dir. Karlsruhe: Kaspar Wegener, Karlsruhe, Blumenstraße 3,
- Eis.-Dir. Dresden: Robert Gierß, Chemnitz, Apollostr. 2.

Weitere Vertreter sind durch die übrigen Arbeiterverbände benannt. Aufgabe unserer Kollegen ist es, sich in zuständigen Angelegenheiten mit diesen Vertretern jeweils in Verbindung zu setzen. In den Ausschüssen sollen die allgemeinen Fragen der Arbeitsvergabe behandelt und den Mitgliedern von der Verwaltung ein Ueberblick über die bisher erteilten und in nächster Zeit noch zu vergebenden Arbeiten und Lieferungen erstattet werden. Auch sollen Maßnahmen beraten werden über die Inangriffnahme möglichst vieler Arbeiten. Hierbei soll den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer Gelegenheit geboten sein, auf die Gebiete besonderer Arbeitslosigkeit hinzuweisen, Anregungen zur Binderung von Arbeitsnot aller Art zu geben und an den Maßnahmen der Verwaltung Kritik zu üben. Von dem Grundsatz, daß die Vergabung der Aufträge von Arbeiten und Lieferungen nur nach den bestehenden Bestimmungen im Wege der Verbindung erfolgen soll, darf nicht abgewichen werden. Wenn bei der Ausschreibung dieser Arbeiten oder der Erteilung des Zuschlages auf die in den Ausschreibungen eingereichten Angebote auch angustreben sei, die Notstandsbezirke in erster Linie zu berücksichtigen, so dürfte dadurch doch einerseits die Freizügigkeit der Vergabung der Aufträge keineswegs eingeschränkt und andererseits die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit bei der Preisvereinbarung nicht verlassen werden. Das Reichsverkehrsministerium begrüßt die neue Einrichtung. Um sich über die verschiedenen örtlichen Verhältnisse der Notstandsbezirke nicht nur durch die beteiligte Industrie, sondern auch durch die Erfahrungen und Kenntnisse der Arbeitervertretungen zu unterrichten, könne es für die vergebenden Eisenbahnbehörden vor der Vergabung von Aufträgen nur förderlich sein, wenn sie neben den Wünschen der Industrie, auf dem Wege der mündlichen Aussprache von den Vertretern der Gewerkschaften Anregungen und Mitteilungen über den Grad der Arbeitslosigkeit einzelner Industriezweige erhielten. Es herrscht in den beteiligten Kreisen allgemeines Einverständnis darüber, daß die Entscheidung über die Zuteilung der Aufträge und damit die Verantwortung über die Ausführung der Arbeiten allein der vergebenden Verwaltung vorbehalten bleibt. Die verfassungsmäßigen Rechte der Verwaltung dürfen somit durch diese neue Einrichtung nicht beeinträchtigt werden. Die christliche Arbeiterschaft begrüßt die für die Dauer der großen Arbeitslosigkeit vorgegebene Einrichtung, da ihr dadurch Gelegenheit geboten ist, auf einem wichtigen Gebiet mitzuarbeiten und nach Möglichkeit den Schäden der Krise entgegenzuwirken.

jeden Persönlichkeit möglich. In der Wirtschaft dagegen vermögen verhältnismäßig nur wenige Persönlichkeiten, bei denen mit dem Talent sich auch die notwendigen Mittel der Ausübung befinden, der ganzen Entwicklung ihr Gepräge anzudrücken. Alle übrigen Einzelglieder im Wirtschaftsprozess werden damit zur Aufgabe ihrer eigenen Persönlichkeit und in den geistigen Dienst dieser wenigen gezwungen. Damit ist aber der Arbeiter

als Mensch und als Persönlichkeit aus dem Wirtschaftsprozess ausgeschlossen.

Die Arbeitsteilung, soviel Geist und Erfindungsgabe sie auch voraussetzt, hat den Arbeitsprozeß selbst ganz entleert und ent-

- b) Gutachten über die in ihrem Bezirke für die Anlegung von Betrieben und für die Erfüllung von Verbindlichkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitern bestehende Verhältnisse zu stellen.
- c) ein gebräuchliches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu überben,
- d) Veranstaltungen und Maßnahmen, welche die Hebung der wirtschaftlichen Lage und der allgemeinen Wohlfahrt der Arbeiter, insbesondere auch die Pflege des jugendlichen Nachwuchses zum Zwecke haben, anzuregen und auf Antrag der Vertreter der hierfür getroffenen Einrichtungen an deren Verwaltung mitzuwirken,
- e) nicht gewerbsmäßig betriebene Arbeitsnachweise zu fördern,
- f) bei der Arbeiterbeschaffung für Kriegsbeschädigte und Unfallverletzte mitzuwirken.

Dann heißt es in § 3:

§ 3. Die Arbeitskammern haben Wünsche und Anträge, die ihre Angelegenheiten (§ 2) betreffen, zu beraten und können innerhalb ihres Wirkungsbereiches Anträge an Behörden, an Vertretungen von Kommunalverbänden und an die vergebenden Behörden der Bundesstaaten oder des Reichs richten.

§ 4. Angelegenheiten, die lediglich die Verhältnisse einzelner Betriebe betreffen, dürfen, soweit sie nicht ein allgemeines Interesse haben, nicht in den Bereich der Tätigkeit der Arbeitskammern einbezogen werden.

§ 5. Die Arbeitgebergruppe und die Arbeitnehmergruppe (es werden je 20 gewählt) haben die Aufgabe:

- a) Anträge und Wünsche der von ihnen vertretenen Arbeitgeber und Arbeiter zu prüfen und für die Kammer vorzubereiten,
- b) in dem Falle des § 2 Satz 2 (d. h. wenn ein gemeinsamer, gültiger Beschluß nicht zustande kommt,) selbstständig Gutachten zu erstatten und Anträge an die in § 3 bezeichneten Behörden und Körperschaften zu richten.

Somit hat die Arbeitskammer umfassende Aufgaben, an deren Erfüllung mitzuwirken, im Interesse unserer auf den beschäftigten Kollegen liegt. Es gilt daher, für die Wahl die nötigen Vorbereitungen zu treffen und in die entsprechende Agitation einzutreten, damit am Tage der Wahl der von den christlichen Berufsverbänden aufgestellten Liste der Gewerkschafter und Tagesarbeiter zum Siege verholfen wird.

## Psychologie der Arbeit

Alex. Eises.

In der Arbeitgeberzeitung Nr. 21 wendet Felix Kuh sich gegen den Satz, daß die Arbeit eine Ware sei. In der Ablehnung dieses materialistischen Satzes darf er sicherlich der Zustimmung weiterer Arbeiterkreise gewiß sein. Daß der Preis der Ware von Angebot und Nachfrage abhängt, macht die Ware nicht zur Ware und kann deshalb auch die Arbeit nicht zur Ware machen. So sehr nun aber auch Herr Kuh in der Ablehnung dieses Satzes zugestimmt ist, so kann man mit seiner Argumentation selbst nicht einverstanden sein. Felix Kuh erklärt:

„In jeder Arbeit, mag sie auch noch so mechanisch und leiblos erscheinen, steckt doch immer ein Stückchen vom Selbst des Menschen, der sie ausgeführt hat, und wenn dies einmal nicht zutrifft, so kann man mit Sicherheit behaupten, daß die Arbeit nichts wert ist. Das Selbst im Werke entscheidet über den Wert des Werkes.“

Der philosophierende Felix Kuh wird wohl am besten von dem lautenden und verbrauchenden Felix Kuh widerlegt. Denn Felix Kuh hat gewiß schon viele Dinge hoch bewertet und teuer bezahlt, die er in seiner Betrachtung, da ihnen jenes Stückchen vom Selbst des Herstellers fehlt als völlig wertlos bezeichnet. Und wir möchten ihm raten, von seiner eigenen Philosophie sich auch fernerhin nicht betren zu lassen. Das Selbst im Werke gibt dem Werke unabhängig von seinem objektiven und Verbrauchs-Werte wohl einen für den Hersteller besonderen persönlichen Wert. Und dieses persönliche Selbst im Arbeitsprodukte ist in dem Maße zurückgegangen, als die Arbeitsteilung zugenommen hat. Auf jeden Arbeiter kommt durchschnittlich nur ein winziges Teilchen einer Arbeit, das genau, weil es sich jedesmal dem ganzen Arbeitsprozeß anpassen muß, nach einem vorgeschriebenen Schema auszuführen ist. So ist die Persönlichkeit des Arbeiters selbst in den meisten Fällen vollständig ausgeschaltet. Seine Arbeitskraft und seine Hände stehen in dem Dienste fremder Pläne und Gedanken. So bliebe nur noch die Arbeitsweise bei der schon eher, wenn auch nur schwache Differenzen möglich sind. Das hat auch Herr Kuh scheinbar vorwiegend im Sinne gelegen, denn einige Zeilen weiter schreibt er, daß es nie zwei Menschen geben wird, welche die gleiche Tätigkeit ganz in der gleichen Weise ausführen. Felix Kuh behält recht, wenn er die bei der Arbeit auszuführenden Hand- und Beinbewegungen berechnet. Da aber der Zweck der Arbeit nicht etwa die Arbeitsweise, sondern das herzustellende Produkt ist, so kann es auch bei unserer Unternehmung nur darauf ankommen, ob in das Arbeitsprodukt selbst der Arbeiter von seinem persönlichen „Selbst“ etwas hinein zu legen vermag.

Die ganze Beweisführung des Herrn Kuh übersteht edelst

### das psychologische Moment der Arbeit.

Es liegt mit in dem Selbsterhaltungstrieb des Menschen begründet, daß er entsprechend seiner Eigenart auf die ihn umgebende Welt einzuwirken sucht. Freilich muß dann der Begriff „Selbst“ etwas höher gewertet werden. Zum Selbst des Menschen gehören nicht nur seine räumlichen Dimensionen, die lediglich durch Stoffwechsel zu erhalten und zu fördern sind. Zum Selbst des Menschen gehört auch die Grundtendenz (Gewinn, Geistesrichtung usw.) seines inneren Lebens. Und wie kein lebendes Selbst, so wird er auch kein inneres geistiges Selbst mehr oder weniger bewußt zu behaupten und zur weiteren Geltung zu bringen suchen. Jeder Mensch strebt aus seinem inneren Lebensprinzip heraus, sein eigenes inneres Selbst auch nach außen hin zu gestalten. Dies Selbst ist für den Einzelnen die Betätigung seiner ur-

sprünglichen Lebenskräfte. Und nur in diesem Gestalten kann für den Einzelnen, da es die Erfüllung seiner naturgegebenen Aufgabe ist, das für ihn möglichste Glück liegen. Bedeutende Menschen haben in diesem Gestalten ihr ausschließliches Glück gefunden. (Höchstes Glück der Menschenkinder ist nur die Persönlichkeit. Goethe.)

Die Entwicklung des Arbeitsprozesses hat allen äußeren Bedürfnissen des Menschen immer erneut zu entsprechen gezwungen, nur jenes wichtigste innere Bedürfnis des Menschen hat es vollständig außer Acht gelassen. Dabei hat die wirtschaftliche Entwicklung gegenüber den anderen Gebieten menschlicher Entwicklung noch einen besonderen Nachteil. In der Kunst, Wissenschaft, Politik usw. ist die Auswirkung einer

geistigt. Der Sinn der Arbeit: durch Betätigung seiner Fähigkeiten und mit der weiteren Verbohrnung seiner Arbeit, den Menschen selbst zu verbohrnen, mußte durch den Mechanismus in 8 Gegenteile verkehrt und die Arbeit durch ihre Monotonie statt geistbildend, geisttödend wirken.

Wie jedes Organ sich allmählich auf seine Bestimmung einzustellen muß, so mußte auch der Arbeiter, soweit nicht Gegenwirkungen eintraten, geistlich mehr und mehr auf den Niveau seines Arbeitsdetails hinabsinken. Der innere Mensch mußte, da er bei der Arbeit selbst unbeteiligt blieb, allmählich verkümmern. Die so sehr besessene Mechanisierung der Arbeiterschaft ist zum großen Teil nur möglich geworden durch der Arbeiter jenes geistliche und seelische Verhältnis zu seiner Arbeit verloren hatte, daraus ist aber auch das Streben der Arbeiterklasse nach einer möglichst kurzen Arbeitszeit zu erklären und zu rechtfertigen. Jenes ursprüngliche Verhältnis zwischen dem Arbeiter und seiner Arbeit wiederherzustellen, ist der Kernpunkt des sozialen Problems, aber auch die größte Schwierigkeit seiner Lösung. Interessant ist noch die Bemerkung des Herrn Kuch, daß die Arbeiter "sich selbst schaden, wenn sie ihre Arbeit als tote Ware behandeln und an den Meistbietenden zu verkaufen suchen." Auf einen Grundbesitzer müßten diese Worte den Eindruck machen, als ob die Arbeitgeber in ihren Lohnangeboten derart einander zu überbieten suchten, daß der Arbeiter kaum mehr, als was er eigentlich für seine Arbeit verdienen sollte. In Wirklichkeit waren die Arbeitgeber bisher noch reichlicher als genug, den Arbeiter nicht in diese Verlegenheit zu bringen. Sie gaben an Löhnen nur, wozu sie von der nun ihre Existenz bedingenden Arbeiterklasse gedrängt wurden.

### Streiflichter

#### Wie immer?

Vor dem Schöffengericht in Weplar hat sich am 23. Mai laut Weplarer Anzeiger der Arbeiter Jakob D. von Raubern wegen Mordtötung zu verantworten. Der Angeklagte ist bei den Herkuleswerken in Weplar beschäftigt und gehörte dem Deutschen Metallarbeiterverband als Betriebsbeamter an. Der gleichfalls dort beschäftigte Arbeiter Berken gehörte dem christlichen Metallarbeiterverband an. Der Angeklagte trat an Berken heran mit der Aufforderung, dem Deutschen Metallarbeiterverband beizutreten, andernfalls er aus der Fabrik herausgeworfen würde. Als Berken dies ablehnte, wurde er bei der Arbeit beschäftigt. Der Angeklagte forberte Berken das Mitgliedsbuch ab und gab es ihm nicht mehr zurück. Dem Drängen nachgebend, trat Berken zum Deutschen Metallarbeiterverband über. Als sich aber ergab, daß die Fabrikleitung das Vorgehen gegen Berken nicht billigte und ihre bedrohten Arbeiter schützen wollte, trat Berken wieder aus. Jetzt fehlt eine neue Agitation gegen ihn ein. Der Angeklagte ging in die Wohnung des Berken und erklärte ihm, es sei nichts zu machen, er würde keine Ruhe bekommen. Er ist dann auch wiederholt von einzelnen Arbeitern so gequält worden, daß er bewußlos liegen blieb. Der Angeklagte stellt die Sache recht harmlos dar und berief sich darauf, im Auftrage der Gewerkschaft gehandelt zu haben. Das Urteil lautete auf 2 Monate Gefängnis.

**Der Kapitalismus absoziat, wenn er unseren Willen tut.** Manche Sozialisten nehmen es ansehend gar nicht so genau mit dem "sozialistischen Kapitalismus", wenn etwas dabei für sie herausspritzt. So haben sich folgende libelle Willen kapitalistischer Freundschaft in einem Arbeiterblatte gezeichnet:

Die Kammergesellschaft Störz u. Co., Akt.-Ges. Leipzig, verteilt für das Geschäftsjahr 1920 eine Dividende von 35 Proz. gegen 20 Proz. im Vorjahre. Danach sind die Reservefonds sehr reichlich bedacht worden.

In der Hauptversammlung äußerte ein Aktionär Bedenken über die Dividendensteigerung, weil manche Kreise daran Anstoß nehmen könnten. Die Verwaltung erwiderte, daß die Gewinnverteilung in einer Betriebsversammlung des Unternehmens zur Sprache gekommen sei und die dort gemachten Ausführungen bei den gewerkschaftlich gesinnten Arbeitern durchaus Verständnis gefunden hätten.

Die Rauchwarenhandlung und -fabrikerei A.-G. vorm. Louis Walters Nachf. in Marzahn, verteilt wiederum 60 Proz. Dividende. Mit dem Betriebsrat ist vereinbart, daß der Arbeiterschaft alljährlich ein Betrag aus dem Reingewinn zugewiesen wird, welcher der Dividende auf 400 000 Mark gleichkommt.

Der "Vorwärts" vom 6. Mai 1921, dem wir diese sozialistische Allianz mit dem Kapitalismus entnehmen, donnert nun nicht etwa los gegen diese Zustände, sondern sagt fast überreich mißbilligend: "Im Gemeininteresse liegt die Dividendenpolitik der beiden Unternehmungen wohl nicht und die Beschlüsse sollten nicht den Anschein erwecken, als wenn sie diese Maßnahmen gutheißen. Also, sozialistische Politik gegen den Kapitalismus auf Samtpantoffeln und mit langer Peitsche."

#### Gewerkschaftliche Freiheit in Ungarn.

Unter dem Titel: "La liberte syndicale en Hongrie" (die gewerkschaftliche Freiheit in Ungarn) veröffentlicht das Internationale Arbeitsamt ein Buch, das Dokumente und Berichte enthält über die Lage der Arbeitergewerkschaften in Ost-Ungarn. Die Untersuchung seitens des I. A. A. wurde auf Anregung des ungarischen Ministerpräsidenten eingeleitet, der wünschte, das Ausland über die Verhältnisse und die Lage der Regierung in Ungarn aufzuklären und den Berichten über den sogenannten weißen Terror entgegenzutreten zu können.

Die Mitglieder der Delegation, die ihre Erhebungen in Ungarn an Ort und Stelle machen konnten, hatten Besprechungen mit offiziellen Persönlichkeiten, den herausragenden Führern der Arbeitergewerkschaften und mit den Regierungsvertretern, die der Delegation auch alles diesbezügliche Material zur Verfügung stellten. Interessant ist die Gegenüberstellung der Arbeitergesetzgebung vor, während und nach dem Kriege und Beispiele von deren praktischer Anwendung.

Die Berichte der Delegation tragen weniger politischen Charakter, sondern stellen mehr eine Sammlung von Dokumenten und Tatsachen dar, ohne prinzipielle Stellungnahme des Amtes, das das I. A. A. seinen politischen Charakter trägt. Daher konnte sich die Untersuchung nur auf die Gebiete erstrecken, die den Teil 18 des Versailler Friedensvertrages betreffen, der in Artikel 427 die Arbeitsfreiheit, das Versammlungs- und Streikrecht zu allen geschäftlichen Zwecken garantiert. Den christlichen Gewerkschaften berührt allerdings das Mißtrauen, mit welchem von dem Untersuchungsamt die Erklärungen der ungarischen christlichen Gewerkschaften aufgenommen und wiedergegeben werden, recht eigenartig.

### Bekanntmachungen

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 26. Juni, der 27. Wochenbeitrag fällig, für die Zeit vom 20. Juni bis 2. Juli.

### Verbandsgebiet

#### Saargebiet.

#### Arbeiterentlassungen, Lohnabbau, Kommunismepuls.

Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß der politische Kampf im Deutschen (also sozialistisch-kommunistischen) Metallarbeiterverband eine höhere Schätzung der gesamten Arbeiter- und Arbeiterbewegung bedeutet, so ist dieser im Saargebiet mit aller Deutlichkeit im letzten halben Jahre erbracht worden. Auf Drängen des Saarlandes Deutschen Metallarbeiterverbandes wurden ab 1. Dezember d. J. für die Kollegen in der Schwerindustrie die Lohnzahlung in Frank reich eingeführt. Anfang Januar d. J. begannen die einzelnen Werke mit Betriebsbeschränkungen und Arbeiterentlassungen. Wer die Verhältnisse im Saargebiet kennt, weiß, was Arbeiterlosigkeit zu bedeuten hat. Eine halbwegs vernünftig ausgebaute Erwerbslosenfürsorge fehlt. Gemelnden und "Staat" verschuldet, Auswanderung unendlich, als Not und Elend. Unser Verband übernahm rechtzeitig die Auswirkungen dieser Entlassungen und machte nicht nur die ganze Öffentlichkeit mobil, sondern wies Arbeitgeber sowie die vom Kaiserbund eingesetzte Regierungskommission auf die eintretende Katastrophe hin. Diese Schritte waren, da auch tatsächlich die Regierungskommission eingriff, von vollem Erfolg begleitet. Die Entlassungen wurden eingestellt und bereits schon arbeitstun Gewerkschaften auf den verschiedenen Werken untergebracht. Der Deutsche Metallarbeiterverband hielt es unter seiner Würde, irgend etwas zu unternehmen.

Am 12. Februar kündigte der Arbeitgeberverband den am 8. Dezember v. J. bis zum 31. März d. J. abgeschlossenen Tarif für die Schwerindustrie. Sofort legte unser Verband beim Arbeitgeberverband den schärfsten Protest gegen die in dem Kündigungsbescheid ausgesprochene Absicht des Lohnabbaues ein. In zahlreichen Versammlungen machten die christlich organisierten Metallarbeiter Front. Die Öffentlichkeit wurde von uns durch die Presse aufgeklärt, ebenfalls die Regierungskommission um ihre Einwirkung auf die französischen Aktionäre ersucht. Der Erfolg dieses entschiedenen Vorgehens war, daß der Arbeitgeberverband seine Kündigung offen ließ und die alten Löhne weiterzahlte. Jeder vernünftige denkende Mensch hätte nun annehmen müssen, daß auch der Deutsche Metallarbeiterverband, entweder gemeinsam mit den anderen Metallarbeiterverbänden oder allein für sich ebenfalls gegen den beabsichtigten Lohnabbau Front machen würde. Dazu hatte aber diese "Arbeiterorganisation" keine Zeit, wohl aber daß sie gegenständig politisch zu bekämpfen und Konferenzen abzuhalten, welche die Richtung, ob SPD, USPD, KPD, oder KPD, die Rettung des "Deutschen" im Saargebiet übernehmen wollte. (Die eigentliche Führung liegt jetzt in den Händen einiger moskowitlicher Offiziere.)

Nachdem es dem Christlichen Metallarbeiterverband gelungen war, den drohenden Lohnabbau hinauszuschieben, während die Genossen, wohl mit Rücksicht auf das im Saargebiet domizierende internationale Kapital, platt versagten, luden die Arbeitgeber zu neuen Verhandlungen über Lohnabbau Anfang Mai ein. Sofort legte von unserem Verband eine scharfe Aktion gegen die Absicht der Unternehmer ein. Am 12. Mai fanden die ersten Verhandlungen in der Tarifgemeinschaft statt. Die Unternehmer schlugen vor: 25 Prozent Abbau ab 1. Mai, sowie Verringerung des Kreises der am Werkbuchsatz beteiligten Arbeiter.

Ebenfalls sollte die Bezugsdauer für die Frauen- und Kinderzulage bei Krankheit auf 13 Wochen herabgesetzt werden und bei nicht tarifmäßigem Urlaub diese Zulage nicht gezahlt werden. Sämtliche Organisationen lehnten dieses Ansuchen strikte ab, einigten sich aber auf die Anrufung des Schlichtungsausschusses, der allerdings im Saargebiet nicht viel zu sagen hat. Vor dem Termin am Schlichtungsausschuss verhielt unser Verband noch mit allen Mitteln, den drohenden Abbau abzuwehren. Besonders machte unser Verband Front gegen den Antrag, den die Arbeitgeber am 14. Mai auf allen Werken aushängten, in welchem die Arbeiter auf einen Lohnabbau von 20 Proz. ab 1. Juni hingewiesen wurden. In einer Aussprache, die unser Bezirksleiter, Kollege Bid, in dieser Angelegenheit mit dem Präsidenten der Regierungskommission hatte, mußten wir leider die Beschränkung machen, daß auch der Präsident der Kommission, ein Lohnabbau ließe sich in der Schwerindustrie wegen der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht vermeiden. Wohl müßte versucht werden, etwaige Härten zu vermeiden.

In der Sitzung des Schlichtungsausschusses am 23. Mai stellten die Unternehmer die Arbeitervertreter vor die Wahl: entweder Lohnabbau oder Stilllegung von Betrieben und Arbeiterentlassungen. Der Druck des Schlichtungsausschusses, der einstimmig, auch mit Zustimmung des als Beisitzer tätigen "freien" Gewerkschaftssekretärs gefällt wurde, lautete wie folgt:

"Der von den Arbeitgebern für den 1. Juni angekündigte Lohnabbau soll einer Nachprüfung unterzogen werden. Zu diesem Zweck sind mit großer Beschleunigung, jedenfalls vor dem 1. Juni, zwischen den Parteien neue Verhandlungen aufzunehmen. Hierbei soll angestrebt werden, etwaige Härten, die der Lohnabbau zur Folge haben könnte, zu vermeiden."

In diesem Spruch war also der Lohnabbau an und für sich zugelassen. Auch hatten die Vertreter der drei Metallarbeiterverbände nach den Ausführungen der Unternehmer, daß Entlassungen eintreten müßten, grundsätzlich ihre Bereitschaft über Lohnabbau zu verhandeln, erkennen gegeben. In dieser Zeit ereignete sich aber ein Vorfall, der in der deutschen Gewerkschaftsbewegung einzig dastünde und ein bezeichnendes Licht auf die Verhältnisse im "Deutschen" wirft. Am 23. Mai Zustimmung seiner Vertreter zu dem nicht mehr zu umgehenden Lohnabbau. Am 24. Mai liegen dieselben Führer eine Entschließung annehmen, worin großmütlich vermerkt wird, "keinen Centimes Lohnabbau ruhig hinzunehmen". Die Absicht dieser Phrase war klar. Die Genossen dachten, daß die "Christen" konsequenterweise an dem von den drei Verbänden (auch den Genossen) am Schlichtungsausschuss festgelegten Standpunkt festhalten würden und die Genossen dann nach dem Lohnabbau sagen konnten, "Arbeiter, seht unsere Entschließung, wie waren gegen den Lohnabbau, die "Christen", aber haben ihn angenommen. Die Vertreter unseres Verbandes erklärten daher den Genossen, daß nach dieser Entschließung, die zudem noch von den Genossen gefaßt und veröffentlicht wurde, ohne die anderen Verbände zu benachrichtigen, eine weitere Verhandlung überflüssig sei und der Deutsche Metallarbeiterverband, wenn er konsequent sein wolle, überhaupt nicht mehr verhandeln dürfe. Trotzdem nahmen die Vertreter des "Deutschen", die geglaubt hatten, die "Christen" durchschauten ihre Taktik nicht, an den Verhandlungen teil.

Die Verhandlung am 27. Mai verlief naturgemäß ergebnislos. Am 28. Mai fand im sozialdemokratischen Gewerkschaftshaus eine Besprechung der Führer christlicher Organisationen statt. Nachdem von einem Teil der Genossen allerdings radikale Phrasen gesprochen wurden, von "der Kampf muß doch mal kommen, lieber ehrenvoll untergehen, als Ciniung usw.", stellten unsere Vertreter die klare Frage: "Was am Montag, den 30. Mai, vormittags 6 Uhr, die ganzen Hütten- und Metallarbeiter in den Ausstand treten, schließen sich dann sofort die sämtlichen anderen Berufe, Bergleute, Eisenbahner usw. an?" Allgemeines "wenn und aber" war die Antwort auf diese unabweisbare Frage. "In erster Linie müßten noch Verhandlungen nachgelacht werden mit den Arbeitgebern usw." Der Arbeitgeberverband erklärte sich zu neuen Verhandlungen am Montag, den 30. Mai, bereit. Vom "Deutschen" nahm zur Umschwekung Schott; Frankfurt, teil. Die Unternehmer verlangten Gegenentschlüsse von den Vertretern der Organisationen. Da solche nicht gemacht wurden, die Genossen erklärten, bei Lohnabbau (den sie aber anerkannt hatten), keine Vor schläge machen zu können, war weiteres Verhandeln zwecklos. Die Arbeitgeber zogen sich zurück, in dem sie die Organisationen ersuchten, bis nachmittags 3 Uhr praktische Vor schläge über die Verminderung der Härten des Lohnabbaues zu machen. Ein solcher Vor schlag kam wieder nicht zustande, wohl einigten sich die Verbände, im Falle der Arbeitgeber an ihrem alten

Standpunkt, 20 Proz. Abbau ab 1. Juni, festhalten würden, dagegen mit allen Mitteln, eventl. durch Streik, Front zu machen. Nachmittags verlangten die Arbeitgeber erneut Vorschläge und ließen den Organisationen nochmals Zeit zur Beratung. Nach 24stündiger Beratung gaben die drei Metallarbeiterverbände eine gemeinsame schriftliche Erklärung ab, worin sie sich mit dem Lohnabbau einverstanden erklärten, wenn die alten Tariflöhne auch noch für Juni gezahlt würden. Daraus zogen sich die Arbeitgeber zurück und gaben nach ihrer Beratung folgende Erklärung ab:

"Nachdem die Gewerkschaften nach 24stündiger Beratung den Arbeitgebern kein Ziel Mittelung darbieten konnten, welche Härten des beabsichtigten Lohnabbaues nach ihrer Ansicht gemildert werden sollten, und nach einer anderen Richtung den Arbeitgebern Vorschläge für eine Verringerung unterbreitet haben, erklären die Arbeitgeber, daß sie zu einem weiteren Entgegenkommen in Form und Umfang des Lohnabbaues nicht imstande sind. Dagegen sind sie bereit, den Abbau weniger plötzlich in Wirkung treten zu lassen und, um dem Wunsch der Arbeitervertreter noch weiter bis aufs äußerste entgegenzukommen, eine Teilung des Lohnabbaues derart vorzunehmen, daß kein Monat auf der ganze Lohnabbau eintritt. Das gleiche gilt für die Erhöhung der Frauen- und Kinderzulagen.

Dieses Angebot soll aber nur dann Gültigkeit erlangen, wenn es seitens der Arbeiterklasse angenommen wird. Im Falle der Ablehnung müßten leider die in dem Vorschlagsbekanntgegebenen Bestimmungen Platz greifen. Sie ersuchen zugleich die Vertreter der Arbeitnehmer, ihnen innerhald einer Frist von 8 Tagen von ihrem Entschluß Kenntnis zu geben; sie seien alsdann zu weiteren Verhandlungen über die Form des Abbaues bereit."

Der Vertreter unseres Verbandes versuchte noch mit allen Mitteln, den alten Lohn für Juni zu retten, wurde aber dabei von dem Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes vollständig im Stich gelassen.

(Schluß folgt.)

**Domaneufingen.** Anlässlich der hier vor einiger Zeit stattgefundenen Geschäftsstellenkonferenz für die Bezirke Bilingen, Schramberg, Singen und Luttlingen der unter 1. Vorsitzende Kollege Reichstagabgeordneter und Mitglied des Reichswirtschaftsrats Franz Wieber in Duisburg bewohnte, hielt er in Bilingen, Guttenbach und Wöhrenbach in öffentlichen Versammlungen Vorträge unter dem Stichwort: Paris, London und Versailles. Die Ausführungen Franz Wiebers waren instruktiv, richtig und gleichzeitig, insbesondere hat er mit aller Klarheit die grundsätzlichen Gewerkschafts- und wirtschaftspolitischen Fragen scharf heraus, was mir besonders begrüßte, da die Verschwommenheit auch in Arbeiterkreisen des Schwarzwaldes um sich gegriffen hat. Der roten Propaganda war die wirkungsvolle Aufklärungsarbeit Wiebers ein Dorn im Auge. Speziell seine charakteristischsten Ausführungen in Wöhrenbach wurden ihm im sozialistischen "Volksblatt" in Singen (Nr. 105) schwer angekreidet. Auch die "Metallarbeiter-Zeitung" (Nr. 25) kommt sehr auf Wiebers Auftreten im Schwarzwaldbereich. Nicht schuldig natürlich, indem sie den ersten Führer unseres Verbandes hinstellt, als ob er als Redner und Verbandsleiter nicht erst genommen gehöre. Eine Freiheit. In einem Verbände, wie dem der sozialdemokratischen Metallarbeiter, in dem unter der Führerschaft Pant und Streit wegen der politischen Macht ihrer Parteirichtungen innerhalb des "neutralen" Verbandes herrscht, ein Pant und Streit, der an sich nicht würdevoll vielfach kaum überboten werden kann, kann man sich von einem im Blickbewußtsein aufgehenden christlichen Arbeiterführer nur im Gesichtswinkel der eigenen roten verworrenen Verbandsverhältnisse ein Bild machen. Aus diesem Grunde braucht man unerschrocken die unwahrscheinliche Schuldigkeit der sozialistischen "Metallarbeiter-Zeitung" gegenüber unserem ersten Führer nicht trauen zu nehmen. Die Leute, die gegen Franz Wieber zu Felde ziehen, sollen sich zunächst einmal die Frage vorlegen, ob sie überhaupt fähig sind, ihn geistig zu folgen. Nach dem, was in den beiden Wältern über seinen Wöhrenbacher Vortrag geschrieben wurde zu urteilen, bejahe ich mir das sehr. Der auf eine gewisse Neben, einzelstellige Angelegenheit auf Franz Wieber ist ein echtes Produkt des Sozialismus. Was dieses Demagogentum mit seiner Wühlererei und Hebe noch landet, hat diese von Blindheit geblendete Gesellschaft, die mit der Wahrsamkeit in ihrem Kampfe lebt, auch jetzt noch nicht begriffen, obwohl der sozialistische Metallarbeiterverband ein im vorigen Jahre einen Mitgliederverlust von 8479 zu verzeichnen hat und selbst ein Diktator die Besuche förmlich über den Kopf zusammen schlägt ob des großen Brandes im sozialistischen Metallarbeiterverband.

**Sauerland.** Seit Jahresfrist besteht in Hagen eine Bezirksleitung des sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verbandes. In letzter Zeit erblickt dieselbe wohl aus Mangel an gewerkschaftlichen Erfolgen, verursacht durch die Kommunismeherrschafft und der U. S. P. ihre Hauptaufgabe darin, den christlichen Metallarbeiter-Verband maßlos zu verleumden und die Genossen einzulagern, die bekanntlich nicht alle werden. Die Tatsache, daß bei sehr vielen Arbeitern der Revolutionärstempel geschunden ist und sie sich einer Organisation anschließen, die es mit der Vertretung von Arbeiterinteressen ernst nimmt, paßt diesen Herrschaften nicht in den Kram. Mit Demagogie und Verleumdungen schlimmster Art, sucht man besonders die sauerländische Arbeiterkraft auf die von gewissenlosen Gewerkschaftsführern ausgestreckten Reimruten zu locken. Im Mai 1921 wurde ein Knabschreiben von der sozialdemokratischen Bezirksleitung Hagen, betitelt "Bericht über die Tätigkeit des christlichen Metallarbeiter-Verbandes im Monat April, herausgegeben." Nachdem man in diesem Knabschreiben auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse hingewiesen hat, geht es an die bösen Christen. Zunächst soll der christliche Metallarbeiterverband schuld sein, daß in den Randgebieten Düren-Brilon, Wehring, Harnberg usw. die Elektrizitätswerke noch nicht in die richtige Ortschaft eingereicht sind. Der Urheber dieser Behauptung liefert der Beweis, daß er von diesen Dingen nichts versteht, sonst müßte er wissen, daß Ortsklassen für Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke ausschließlich in Essen von einer aus Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätisch zusammengesetzten Kommission festgelegt werden. Der Verfasser des Knabschreibens mag sich bei seinem eigenen Genossen erkundigen, wie sehr gerade die christlichen Gewerkschaftsführer versucht haben für die Randgebiete zu sorgen, was möglich war. Im Übrigen hat der sozialdemokratische Metallarbeiterverband die Interessen der Arbeiter bei dem Elektrizitätswerk Düren-Brilon bevestig vertreten, daß die rote Bezirksleitung an der Spitze ihr Maß und Weiseragitor Busch nicht mehr nach dort kommen braucht, da alle Arbeiter dem großen Deutschen Volk gesagt haben und Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes geworden sind.

Weiter ist der christliche Metallarbeiterverband schuld daran, daß die Arbeiter der Firma Hönkel in Meschede ihre Produktionsprämie nicht mehr erhalten. Tatsache ist, daß die westfälische Bezirksleitung in Hagen die Arbeiter, die in ihrer Mehrheit rot waren, recht lange warten ließ auf Erteilung von Verhandlungen. Erst nachdem der christliche Metallarbeiterverband als Minderheitsorganisation die Dinge voran trieb, versuchte die Bezirksleitung mit dem Arbeitgeberverein für das schließliche Verhören Verhandlungen einzuleiten, ohne den Mitkontrahenten in diesem Falle den christlichen Metallarbeiterverband, davon zu benachrichtigen. Der Arbeitgeberverein lehnte eine einseitige Verhandlung ab. Nun endlich fügte sich die sozialdemokratische Bezirksleitung, an unsern Verband heranzutreten, um ein gemeinsames Vorgehen zu bewerkstelligen. Daraufhin unternahm der

Christliche Metallarbeiterverband die notwendigen Schritte, so daß Verbündungen stattfinden und die Kollegen den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechend zu ihrem Recht kommen. Die rote Verflechtung mag sich beruhigen, ihre Schächelchen sind bei dieser Firma besonders gut aufgehoben. Erklärte doch einer der Inhaber dieses Betriebes in Unwissenheit einer Reihe von Arbeitgebern und des christlichen Vertreters dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband: „Die Kolon sind mir lieber, wie die Christlichen.“ Der anwesende Vertreter des Christlichen Metallarbeiterverbandes unterließ es denn auch nicht, den Firmeninhaber erinnernd an die Ansprüche eines Arbeitgebers, für die Feststellung seiner Anerkennung auszusprechen. Die Mitglieder des Christlichen Metallarbeiterverbandes bei der Firma Gonsel haben es nicht notwendig sich bei der Firma besonders beliebt zu machen. Vielleicht ist es der Verflechtung in Dagen möglich, bei ihren Schächelchen nach der Richtung hin etwas mehr Erziehungsbearbeit zu leisten. Schließlich muß in dem roten Geschreibsel auch noch der Kommunistenstreik in Dahlen herhalten, um auf die bösen Christen zu schimpfen, die vernünftig weiter arbeiten, statt jeden neuen gewerkschaftlichen Megelein veranlassen Eitel mitzumachen. Näheres über diesen Streik brachte das Verbandsorgan. Bezirksleiter Wulch auf der Gamslerstraße, paron Kationalsreise durchs Sauerland, hat dann auch Döberg mit seinem hohen Fleck beehrt, und ein Mitglied des Betriebsrats, der in Herrn Wulch beileibe keinen Gemeinheitsleiter geschickt hätte, auszufragen versucht. Mit Hilfe seines, nicht durch Sachkenntnis getriebenen Beurteilungsvermögens, hat er dann festgestellt, daß dort die Verhältnisse haarsträubend sind. Leider kann hier der Deutsche Metallarbeiterverband nicht eingreifen, aber vielleicht ist es dem Herrn Wulch möglich, die Jammervögel in Dahlen, wo der sozialdemokratische Metallarbeiterverband dominiert, aufzubessern und in die überaus traurigen Verhältnisse in Döberg als Folgen eines verpönten und verantwortlichen Streiks einzureißen. Er hat dann genugsam zu tun, und braucht nicht, wie ein Räuberhündchen im Sauerlande von Tür zu Tür, seine Ware anbieten. In Döberg hat der sozialdemokratische Metallarbeiterverband den Nachweis erbracht, daß es ihm nur auf Arbeiterverflechtung ankommt und Interessenvertretung weit hinter Parteiinteressen zurücktreten muß. In einer Zeit, wo das Unternehmertum verhasst, die Rechte der Arbeiter zu beschneiden, und intensiv den Lohnabbau propagiert, ziehen rote Schwadroniere durchs Sauerland, um durch Lüge und Verleumdung die mühsam aufgebauete Arbeiterschaft zu zertümmern. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft ist vernünftig genug, solchen Vordrängeln nicht zu folgen, sondern am Richteramt festzuhalten.

**Frühjahrskonferenz des zweiten Bezirks.**

Köln. Unter sehr harter Beteiligung tagte am Sonntag, den 22. Mai, in der „Bürgergesellschaft“ in Köln die Frühjahrskonferenz des II. Bezirks. Bezirksleiter Kollege Schümmer als Leiter der Tagung konnte neben 150 Delegierten, darunter eine stattliche Anzahl Kolleginnen und jugendliche Kollegen, auch den 2. Verbandsvorsitzenden und früheren Bezirksleiter Kollegen Schmidt, sowie die Kollegen Maier, Hegemann und Meier von der Zentrale, begrüßen. Der Zentralvorsitzende, Kollege Wieber, der durch dringende Arbeiten verhindert war, an der Konferenz teilzunehmen, ließ durch den Kollegen Schmidt Grüße übermitteln. Dem vom Bezirksleiter erstatteten Tätigkeitsbericht für das Jahr 1920 entnehmen wir folgendes:

Auf unserer Bezirkskonferenz im Jahre 1917, die die letzte war, die im gleichen Stille Karstond, wie die heutige, gab Kollege Wieber der Hoffnung Ausdruck, daß die nächste Tagung unter den Segnungen des Friedens stattfinden könne. Den Frieden haben wir, aber von der Segnung des Friedens ist noch nichts zu hören. Die gewerkschaftliche Tätigkeit des Jahres 1920 stand unter dem Eindruck der aufgewundenen Friedensbedingungen. Der Tiefstand unserer Partei, die allgemeinen Schwankungen auf dem Geldmarkt und nicht zuletzt das „Ach im Westen“ haben zur Folge, daß die Preise für alle Bedarfsgegenstände gegenüber dem Jahre 1919 noch eine wesentliche Steigerung erfahren. Nach amtlichen Ermittlungen stiegen die Preise für Lebensmittel z. B. in Stolberg vom Monat Dezember 1919 bis Februar 1920 um 72,7 Proz., vom Februar bis November 1920 um 71,79 Proz. In Köln vom Oktober bis November 1920 um 82,2 Proz. Die in den Sommermonaten teilweise einsetzenden Preisrückgänge wurden recht bald durch ganz enorme Preissteigerungen wettgemacht.

Das alles war nicht dazu angetan, das Gleichgewicht zwischen Soll und Haben in den Arbeiterfamilien herzustellen und den Lohnforderungen Einhalt zu gebieten. Die Vertretung der Arbeiter erfuhr durch das Friedensstrategie und durch die zum ersten Male gewählten Betriebsratsmitglieder eine wesentliche Verbesse- rung. 1418 Betriebsratsmitglieder wurden von unserem Verbande im Bereiche des II. Bezirks gewählt. Da wo man die Wahlen gründlich vorbereitet hatte und die ausgeübten Verbandspartien befestigte, konnte man mit dem Ergebnis der Wahl zufrieden sein. Die Tätigkeit der Arbeiterräte besonders bei Lohnverhandlungen hat bewiesen, daß nicht der radikale Wortschwall und Propagandastreich der beste Arbeitervertreter ist, sondern der mit Geduld und Kenntnis und mit der notwendigen Energie ausgeübte Gewerkschaftler. Das zeigen vor allem die Streiks in Solingen, Aachen, Trier u. a.

Daß die Sozialdemokratie, durch jahrelange Tätigkeit in den „freien“ Gewerkschaften gelöst hat, wirkt sich nun als eine große Gefahr für die deutsche Gewerkschaftsbewegung aus. Der geschulte, systematische und disziplinierte Gewerkschaftler von früher hat heute bitter not, hoch laufen wir Gefahr, das Ertragnis der letzten Jahre zu verlieren. Unsere nächste und wichtigste Aufgabe soll für die Zukunft darin bestehen, die Fremdkörper aus der Gewerkschaft zu beseitigen, den durch Kriegs- und Revolutionenwunden geschädigten Gewerkschaftler zu befeuern und an dessen Stelle den aufständigen Solidarisierungsbewegungen zu setzen. Die Worte: „Einer für alle und alle für einen“ müssen wieder die richtige Bedeutung erlangen.

An Lohnbewegungen wurden insgesamt 592 geführt, an denen 164 973 Mitglieder unseres Verbandes beteiligt waren. 250 Millionen 921 Taler (ab 800 Mark) ist das praktische Ergebnis der Lohnbewegungen des Jahres 1920. Das macht pro Mitglied 454,00 M.

Dazu kommen Verbesserungen in den Einbaumverhältnissen und an sonstigen Gebieten durch Einzelverhandlungen usw. die statistisch nicht erfaßt werden können. Die Mitgliederbewegung nahm im Jahre 1920 allmählich wieder das Verhältnis der Vorjahre an. Während die Zahl der Neuaufnahmen usw. im II. Bezirk im Jahre 1918 31 770 und 1919 54 850 betrug, fiel die Zahl im Jahre 1920 auf 22 231. Die Zeit, wo die Mitgliedererwerbung sich verhältnismäßig mäßig gestaltete, ist vorbei. Man kommt es wieder auf die Kleinquantitäten an. Der Mitgliederbestand am Schlusse des Jahres betrug 35 313, das bedeutet eine Senkung von 1488 gegenüber dem Jahresanfang. Das beweist, daß der Mitgliedererwerb weit mehr Bedeutung beigemessen und der Fluktuation mehr Beachtung geschenkt werden muß.

Die Zahl der im Berichtsjahre verstorbenen Beitragswerter beträgt 2 450 374, oder pro Mitglied 44. Diese Zahl kann keineswegs betrüblich sein. Es ist notwendig, daß in den einzelnen Ortsvereinigungen eine genaue Gewissensprüfung ange stellt wird.

Das Finanzjahr wurde innerhalb des Bezirks im Jahre 1920 geschlossen wie folgt:

Die Gesamteinnahmen der Hauptklasse betragen 3 645 905,45 M., die Gesamtausgaben 1 235 317,70 M. An die Hauptklasse wurden

abgeführt 2 410 587,75 M. Die Gesamteinnahmen der Nebenkassen betragen 4 026 281,96 M., denen eine Ausgabe von 2 811 975,65 M. gegenübersteht. Die Gesamteinnahmen des Bezirks betragen 1 304 269,69 M., denen eine Gesamtausgabe von 985 575,06 M. gegenübersteht.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung sprach Kollege Hebborn über: „Agitation und Fluktuation, unter besonderer Berücksichtigung der Verwaltungsarbeit.“ Der Sinn des Vortrages ist in nachfolgender Entschlie- gung, die einstimmig angenommen wurde, niedergelegt:

**Entschlie- gung.**

An Hand der Berichte über Mitgliederbewegung und Beitragswesen im Jahre 1920 stellt die Konferenz des II. Bezirks fest, daß die Mitgliedererwerbung einen Umfang angenommen hat, der jeden gewerkschaftlichen Aufstieg und Erfolg auf die Dauer in Frage stellen muß. Angesichts der kritischen Situation, in der sich die deutsche Arbeiterschaft befindet, und der großen Aufgaben, die in Zukunft noch zu erledigen sind, betont die Konferenz mit allem Nachdruck, daß die Mitgliedererwerbung und besonders der Mitgliedererhaltung, größte Beachtung geschenkt werden muß.

- Dazu ist besonders zu beachten:
1. In der Agitation muß weit größerer Wert auf die Gewinnung der Jugendlichen, Arbeiterinnen und der falsch Organisierten gelegt werden.
  2. In der Werbung der Mitglieder und im Beitragswesen muß äußerste Pünktlichkeit und Gewissenhaftigkeit vorherrschen. Dasselbe gilt für das gesamte Abrechnungswesen.
  3. Die Leitungen der Ortsvereinigungen sind verpflichtet, die Werbung der Mitglieder so zu organisieren, daß durch Arbeitswechsel, Arbeitslosigkeit und Wohnungswechsel keine Entlohnung in der Werbung eintritt. Die Art der Werbung ob Haus oder Betriebswerbung, ist nach genauer Prüfung entsprechend anzuwenden und durchzuführen.
  4. Der große Aufschwung des Verbandes erfordert ein geordnetes und gewissenhaftes Verwaltungswesen und es muß daher der gesamten Verwaltungsarbeit weit mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.
  5. Der Rehabilitismus als Hauptbedingender von Reaktion und Fluktuation und als Totengräber des gegenseitigen Vertrauens kann und darf im Christl. Metallarbeiterverbande keinen Platz finden.
  6. Die Schulung der Mitglieder, insbesondere der Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder, sowie die Ausbildung neuer Mitarbeiter und die Organisierung der gesamten Mitarbeiterschaft muß mehr wie bisher gepflegt werden.
  7. Den Vorstandsmitgliedern und Vertrauensleuten spricht die Konferenz die Anerkennung aus für die im Verbande und Arbeiterinteresse geleistete Arbeit ab erwartet, daß alle Funktionäre auch in Zukunft ihre ganze Kraft in den Dienst des Verbandes stellen und im Sinne obiger sechs Punkte arbeiten.

Die sich an die Berichte anschließende Diskussion war sehr lebhaft und zeichnete sich besonders dadurch aus, daß eine Anzahl jugendlicher Kollegen zu Wort kam, deren Ausführungen zu entnehmen war, daß sie bereits eine gute gewerkschaftliche Schulung hinter sich haben, die sie im Dienste des Verbandes und im Interesse der Arbeiterschaft verwerten wollen.

Von mehreren Diskussionsrednern wurden die an verschiedenen Orten aufstrebenden Bestrebungen, die Löhne abzubauen, einer sehr scharfen Kritik unterzogen. Es wurde betont, daß die wirtschaftliche Lage in den Arbeiterfamilien wirklich nicht dazu angetan ist, an eine Verkürzung des Einkommens zu denken. Um Soll und Haben in den allermeisten Arbeiterfamilien in richtigen Einklang zu bringen, und um ein Existenzminimum zu sichern, müssen die Löhne an den meisten Orten noch weitere Erhöhungen erfahren. Ehe überhaupt an eine Verringerung der Einkommensverhältnisse gedacht werden könnte, müßte eine wesentliche Preisrückgang erfolgen. Zu letzterem besteht aber infolge der Aufhebung der Bannwirtschaft, der Anhebung der Preise für die Lebensmittel und der Wiederaufhebung des Lockes im Westen sehr wenig Hoffnung.

Der Standpunkt der Konferenz wurde in folgender Entschlie- gung niedergelegt:

**Entschlie- gung.**

**Lohnabbau.** Die am Sonntag, den 22. Mai in Köln tagende Delegiertenversammlung des Christlichen Metallarbeiterverbandes weist die Bestrebungen der Arbeitgeber, in der gegenwärtigen Zeit die Löhne abzubauen, mit aller Entschiedenheit zurück.

Die heutigen Löhne haben den Wert der Löhne von 1914 noch nicht erreicht und stehen infolgedessen nicht im Einklang mit den Lebensmittelpreisen und Preisen für Bekleidung und Haushaltungsgegenständen. Wenn auch einerseits zugegeben werden muß, daß die Preise für einen Teil von Lebensmitteln wie Fett, Margarine, gesenkt worden sind, so kann andererseits nicht bestritten werden, daß die Preise für die wichtigsten Ernährungsmitel, wie Kartoffeln und Brot, gestiegen sind; dazu kommt die fortlaufende Steigerung der Mietsätze. Ebenso wird der Abbau der Bannwirtschaft eine weitere Erhöhung der Preise zur Folge haben. Die Wiederherstellung des Lockes im Westen wird nicht preisrückend, sondern preissteigernd wirken.

Aus diesen Feststellungen heraus ergibt sich die Tatsache, auch wenn die Preise für einzelne Lebensmittelarten gesenkt worden sind, diese Senkung auf eine erhöhte Kaufkraft des Lohnes keinen Einfluß hat. Die Löhne sind gegenüber der Vorkriegszeit um das 10-11 fache gestiegen, während die Preise für die wichtigsten Lebensmittel um das 13-22 fache gestiegen sind. Der Abbau der Löhne kann infolgedessen erst dann erfolgen, wenn die Preisbildung im allgemeinen eine Herabsetzung erfährt und das Existenzminimum überholt ist.

Von der Reichsregierung sowie von den maßgebenden Arbeitgeberkreisen erwartet daher die Konferenz, daß zu dem Zwecke einer baldigen Gesundung unserer Volkswirtschaft für einen allgemeinen Preisrückgang mehr wie bisher durchgreifende Maßnahmen getroffen werden.

Widmann vom Kollege Schümmer, unser zweiter Verbandsvorsitzender, das Wort und beantwortete die an die Zentrale gerichteten Fragen und brachte besonders seine Bemerkungen über den Verlauf der Konferenz aus. In seinen weiteren Ausführungen behandelte er die wirtschaftlichen und idealen Grundzüge der christlichen Gewerkschaften. Den Umfang und die Herrschaftlichkeit innerhalb unseres Vaterlandes nur in äußeren Verhältnissen zu suchen, ist falsch. Der Fortschritt großer materieller Werte ging die Fortschritt weit größerer idealer Werte voran. Es ist das große Verdienst der christlichen Gewerkschaften, und daran allen des christlichen Metallarbeiterverbandes an der Erhaltung der idealen Werte gearbeitet zu haben. Fern Menschen, der sein ganzes Tun und Lassen nach der materialistischen Weltanschauung einrichtet, muß jeder sittliche Wert abhandeln können.

Die Worte: „Der Proletariat hat kein Vaterland“, die von sozialistischer Seite propagiert werden, haben ihre entsprechende Auswirkung in den letzten Jahren erfahren. Jedoch hängt es sehr an, zu sagen. Aus diesen Erwägungen heraus hat die christliche Gewerkschaftsbewegung nach dieser Seite die Erziehung ihrer Mit-

glieder einzurichten und hat eine klare, entschiedene Stellung zur nationalen Idee herausgearbeitet. Nur dann ist die Ordnung und unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Gleichberechtigung gesichert. Mit der Mahnung, die christlichen Grundzüge bei allen Arbeiten voranzustellen, schloß Kollege Schmidt seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Kollege Schümmer ging in markanten Ausführungen an die Folgen der Entlohnungen für die Arbeiter ein. In einer entsprechenden einstimmig angenommenen Entschlie- gung kam Stellungnahme und Rille der Konferenz zum Ausdruck. Mit einem Dank an alle Funktionäre und Konferenzteilnehmer und mit einem begeisterten Hoch auf Vaterland und Verband wurde die eindrucksvolle Konferenz geschlossen.

Wir sind noch die Alten am rbelasteten Strand,  
Wir sind noch die Alten auf's neu'  
In den Jahren, du liebes, du herrliches Land,  
Wir bleiben dir ewig getreu!

**Branchenbewegung**

**Elektromonteurs.**

Die Fachgruppe der Elektriker und verwandter Berufe des Christlichen Metallarbeiterverbandes, Essen, ließ am Montag, den 13. und Mittwoch, den 15. Juni, durch Herrn Professor Helgerding von der Humboldt-Oberrealschule Vorträge über „Thermo-Elektrizität“ abhalten.

Der Vortragende leitete sein Thema „die Thermo-Elektrizität“ ein durch Betrachtung elektrischer Ströme als Folge des dauernden Ausgleichs von Spannungsunterschieden elektrisch-geleiteter Leiter durch Vektor. Bestehende Spannungsunterschiede und entstehende Ströme wurden an den Kondensatoren einer Influenzmaschine, an den Polen einer Accumulator-Batterie, einer Dynamomaschine und bei der Berührung einer Zink- und Kupferplatte durch Elektrolyse und Galvanoskop demonstriert. Zwei Platten gleichen Metalls und gleicher Temperatur geben, wie gezeigt wird, keine Spannungsdifferenz, also auch keinen Strom, wohl aber tritt beides ein, wenn sie, ungleich warm, einander berühren. — Vor gerade 100 Jahren hat Seebeck die Entdeckung gemacht, daß in einem Rahmen aus zwei verschiedenen Metallen elektrische Ströme verschiedener Richtung entstehen, je nachdem eine Verbindungsstelle der Metalle erwärmt oder abgekühlt wird. Eine in dem Rahmen angebrachte Magnetnadel zeigte diese Ströme an. Einrichtungen dieser Art heißen „Thermo-Elemente“ und die so durch Wärme bzw. Abkühlung erzeugten Ströme „Thermo-Ströme“. Sie wurden in den verschiedensten Metallverbindungen mit einem empfindlichen Meßinstrument gemessen, da die Ströme nur schwach, am stärksten bei der Metallverbindung Antimon-Bismut, sind. Es liegt hier der sehr ungewöhnliche Fall der Energieerzeugung durch Abkühlung vor. Der bei Thermo-Elementen wirksame Spannungsunterschied wächst anfangs mit der Temperaturdifferenzen der Berührungswellen, um dann bis auf 0 abzugehen und in umgekehrter Richtung wirksam zu werden. — Dem Vorgang der Stromerzeugung durch Wärme bzw. Abkühlung steht, wie meist in der Natur, der umgekehrte Vorgang, Abkühlung und Wärme, durch den elektrischen Strom gegenüber — der sog. Peltier-Effekt. Ein durch das Thermo-Element fließender Strom, auch der Thermostrom selbst, ruft an den Stellen der Metalle Erwärmung bzw. Abkühlung hervor. Erwärmung und Abkühlung werden direkt am Thermoskop und weiter durch das sog. Peltier'sche Kreuz vorgeführt. — Vortragender weist darauf hin, daß ohne diese Erscheinung eine Lösung des Perpetuummobile-Problems vorläge. — Die Versuche zur praktischen Ausnutzung der Thermo-Elektrizität gehen nach zwei Richtungen: einerseits Gewinnung elektrischer Stromenergie unmittelbar durch Wärme, andererseits Nachweis von Temperaturunterschieden eben durch Thermoströme. Bei der geringen elektromotorischen Kraft eines einzelnen Thermo-Elementes verleiht man zu beiden Zwecken mehrere zu sog. „Thermosäulen“. Die der Stromerzeugung dienende Gülterschule, durch Leuchtgas geheizt, wurde im Betrieb mit vorgerichtetem Voltmeter vorgeführt; nur 0,012 der zugeführten Wärmeenergie wird in ihr in elektrische Energie umgewandelt, alles andere geht in ihr ohne Aussicht auf Erhöhung dieses geringfügigen Effekts verloren. — Wichtiger ist die Anwendung zu Temperaturmessungen, besonders hoher Temperaturen in Schmelzgefäßen, Porzellan und Retortendöfen bis 1500 Grad, in welche die Verbindungsstelle sehr schwer schmelzbarer Metalle, wie Platin und Platin-Rhodium zu einem Thermo-Element vereinigt eingeführt wird, woraus aus der Stärke des so erzeugten Stromes auf die Temperatur der Verbindungsstelle geschlossen werden kann — die sog. Pyrometer.

Eine zur Erkennung seiner Temperaturerhöhungen dienende Rosillische Säule zeigte die Ausstrahlung der warmen Wand an eines Brenners auf größere Entfernungen an.

Mit einem Ausblick auf die zunächst so ausstrahlend erscheinende direkte Umkehrung der Wärme in Elektrizität schloß der Vortrag.

**Schule des Maschinenmonteurs**  
von Ingenieur S. Herzog Preis Mk. 6,50  
**Maschinenelemente**  
Preis Mk. 12,- von Dipl.-Ing. R. Botsch  
**Maschinenzeichnen**  
Preis Mk. 18,-  
Katalog Nr. 157 kostenlos und portofrei.  
Oskar Leiner, Buchh. u. Verlagsb. Leipzig, Königstr. 26

Wir suchen für sofort einen im **Aufrichten und Härten von Waggon-Tragfedern**  
**geschulten Mann**  
bei hohem Verdienst.  
**Niederhessische Maschinenfabrik u. Waggonbauanstalt**  
G. m. b. H.,  
Duisburg-Wellenloh Katzenbooken O.

**Bibliothek der gesamten Technik. Neue Bände**  
Mathematik und Mechanik zum Selbstunterricht M. 6.—, Aufbau von Maschinen und Eisenkonstruktionen M. 19,80, Handbuch für Werkmeister und Monteur gebd. M. 29,70, Schweißen und Löten M. 15,50. Die heutige Metalltechnik, I Die Arbeitswerkzeuge M. 24,75, II Schleifmittel, Schleifen und Polieren M. 9,25, III Maße, Meßwerkzeuge und Messen M. 9,25, IV Feuerbearbeitung der Metalle M. 15.—, V Der Stahl und das Härten M. 11,20, VI Handarbeitsweisen M. 15.—, Schmieden mit Maschinen M. 7,95, Modellschleiere M. 17,50, Kolbendampfmaschinen M. 4,85, Rohrleitungen an Dampftrieb M. 11,90, Galvanotechnik M. 14,50, Kalkulation M. 5,30. Verzeichnis kostenfrei. Dr. Max Jänecke, Verlagsbuchhandlung, Leipzig, Königstraße 35, Postscheckkonto Leipzig 11991